

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Blatt für den Bezirk Nagold und für Ulmsteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wiederpreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Auslieferung: Die einseitige Seite über deren Raum 12 Goldpfennig, die Rückseite 36 Goldpfennig
zahlung der Zeitung infolge Mangel oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | Bezugspreis innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch eilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 104.

Altensteig, Samstag den 3. Mai.

Jahrgang 1924

Wahlpflicht.

Die Gv. Pressekorrespondenz schreibt uns:

Früher tritt in weiten und wertvollen Kreisen gegenüber den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen eine starke Wahlablehnung hervor. Die Parteien und die Berufspolitiker werden gut tun, auf diese Erscheinung ihr Augenmerk zu richten und ihren Ursachen nachzugehen. Den Wahlmüden muß aber dennoch gesagt werden, daß es nicht angeht, auf die Ausübung des Wahlrechts, des wichtigsten staatsbürgerlichen Rechts, zu verzichten und sich dann hinterdrein über den Gang der Dinge zu beschweren. Ramentlich mache man sich in diesen Kreisen klar, daß der künftige Reichstag und innerhalb seines Bereichs auch der Landtag nicht nur über außenpolitische, parteipolitische und wirtschaftliche Fragen zu entscheiden hat, sondern auch über kulturpolitische Fragen, die den Geist der einzelnen Familie und die gesamte arbeitsrechtliche Grundlage des Volkslebens aufs tiefste beeinflussen. Hieher gehören Angelegenheiten wie Ordnung des Arbeitslebens und des Verkehrs der Stände im Geist der Gerechtigkeit, Bekämpfung der Wohnungsnot und des Alkoholismus, Schutz der Jugend vor Schmutz und Schmutz in Schrift und Bild, Schutz der Familie, Schutz des Kindes im Mutterleib, Wahrung der religiösen Gewissensfreiheit, Gleichberechtigung der christlichen Schule mit andern Schularten, Schutz der kirchlichen Feiertage u. a. m. Das sind Forderungen, die man vom christlichen Standpunkt aus ohne Unterschied der Berufsgruppe an die gesetzgebenden Körperschaften stellen muß. Wenn diese Forderungen wichtig sind, der darf sich nicht der Wahl enthalten, der muß sich darüber Rechenschaft geben, welche Partei ihm für die Erfüllung dieser Forderungen am meisten Gewähr bietet. Scheint es ihm, daß keine Partei allen seinen Wünschen entspricht, so gilt es die Wichtigkeit der verschiedenen Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen, und darnach seine Wahl zu treffen, künftig aber seine Wünsche öffentlich anzumelden. Damit aber, daß man sich der Wahl enthält und die Faust im Sack macht, ist nichts erreicht, wohl aber eine wichtige Pflicht versäumt gegenüber dem Volksganzen, dessen Schicksal doch das Schicksal aller Volksgenossen ist.

Die letzte Wahlrede Stresemanns.

Stuttgart, 2. Mai.

Am Vorabend der Wahlscheidung, am Freitagabend, sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Stuttgart im Festsaal der Niederhalle in einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei. Trotz des frühen Beginns der Versammlung, abends 7 Uhr, war der Festsaal von Tausenden überfüllt. Abg. Bieders sprach Begrüßungs Worte. Dr. Stresemann, von Beifall begrüßt, betonte in der Einleitung, daß über die innere Politik, die Finanz-, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik der Zukunft nichts gesagt werden könne, solange die außenpolitischen Fragen, die sich um das Sachverständigen Gutachten trüben, nicht entschieden sind. Die Weltmächte hätten es angenommen und Deutschland hätte gut daran getan, durch seine Regierung die Annahme auszusprechen zu lassen. Er widerlegte dann verschiedene Vorwürfe der Reichsparteien gegen die Reichsregierung.

Stresemann... gab einen Rückblick über die außenpolitische Lage Deutschlands vom Ausgang des Krieges bis zum Zusammenbruch des passiven Widerstands. Diese Entwicklung habe gezeigt, daß der Glaube an die Kraft der Idee einer beginnenden Völkerverständigung eine Illusion gewesen sei, die Deutschland teuer bezahlt habe. Auf der anderen Seite habe der Weg der brutalen Machtpolitik und der ergebnislosen Konferenzen den wirtschaftlichen Organismus in steigende Unordnung und Unruhe und die Währung aller europäischen Länder in Verwirrung und Verfall gebracht und die bolschewistische Gefahr nicht verschwinden lassen. Auch der Zusammenbruch des passiven Widerstandes habe gezeigt, wie wenig eine Idee allein vermag, wenn sie nicht durch Macht gestützt werde.

„Wir leben heute“, führte Stresemann aus, „vor großen Entscheidungen, die vor allem darin für uns von Bedeutung sind, weil die inzwischen von allen Regierungen im wesentlichen angenommenen Vorschläge der Sachverständigen formell dem Entwurf sind, was wir bisher gewünscht haben und wogegen Frankreich bisher kämpfte. Wir scheinen, daß wir diese Gelegenheit unter dem Gesichtspunkt zu prüfen haben: Bringen die Sachverständigen Vorschläge dem deutschen Volk die Freiheit? Geben sie uns die Möglichkeit auf Freiheit, so wäre das deutsche Volk ein erkundliches Volk, wenn es für diese Freiheit nicht große Opfer

bringen wollte.“ Stresemann wandte sich gegen die Behauptung, daß Deutschland durch die Annahme der Vorschläge in internationale Schuldnerschaft gerate. Er meinte, daß die Lage Deutschlands im Weltkrieg besser gewesen wäre, wenn es gegenüber dem neutralen Ausland verschuldet gewesen wäre. Damals kämpften wir um den Sieg, heute um die nackte Existenz. Unter den obenerwähnten Gesichtspunkten begrüßt Stresemann die internationale Verkettung der Interessen, in die Deutschland gestellt werde. Ein schuldenfreies Haus sei etwas sehr Schönes, aber wenn man ein angebranntes Haus wieder aufbauen müsse und durch den Brand verarmt sei, so müsse man froh sein, wenn man überhaupt eine Hypothek bekommen könne. Deutschland könne nicht einfach ein Gutachter, an dem die hervorragendsten Wirtschaftler der Welt unter Beteiligung Amerikas gearbeitet hätten, kurzer Hand ablehnen. Das würde ganz im Sinne Poincarés liegen. Die Antwort der Welt einschließlich Amerikas würde sein: „Erlaubt Ihr nach dem Gutachten und dann werft Ihr es uns vor die Füße. Dann zerfällt eben das Interesse der Welt an Deutschland, und wir müssen Euch Poincaré überlassen.“ Amerika und England, MacDonald und Coolidge wollen die Sachverständigen Gutachten als Einheit zur Anwendung gebracht wissen. Sie wollen, daß alle anderen Kontrollen als die wirtschaftlichen wegfallen, daß das Ganze von geschäftlichen Gesichtspunkten aus behandelt wird. Frankreich dagegen möchte höchstens den finanziellen Teil annehmen und die politischen Bedingungen davon absondern. Darum wird der Kampf gehen. Wenn wir unsere Antwort nicht mit vielen Voraussetzungen belastet haben, so darum, weil das Poincaré erwünschte Gelegenheit gegeben hätte, seinerseits die Zustimmung mit noch viel mehr Voraussetzungen zu bepfänden.

Eine Wahlrede Dr. Hiebers.

Der frühere Staatspräsident Dr. Hieber fährt bei einer Wählerversammlung etwa folgendes aus:

Gegen den Parlamentarismus werden gerade auch jetzt wieder Vorwürfe erhoben. Aber noch niemand hat etwas Brauchbares zu nennen gewußt. Denn auch die Berufskammer, die vorgeschlagen wird, kann, so viel richtiges in diesem Gedanken steckt, die Schwierigkeiten der Regierungsbildung von unten her nicht beheben, nur verschieben. Wir können uns den Luxus einer Peripetie, wie er sich in den jetzigen Wahlvorschlägen zeigt, nicht leisten. Das war auch der Grund, weshalb wir von der alten Nationalliberalen Partei und die Mitglieder der früheren Fortschrittlichen Volkspartei und zu der neuen Deutschen demokratischen Partei zusammengeschlossen haben. Wir hoffen, daß sich in ihr das liberale und demokratische Bürgertum zusammenschließen werde. Die Hoffnung hat getäuscht. Aber den Schritt habe ich noch nie bereut. Wenn man die Anzahl der Wahlvorschläge ansieht, ergreift einen ein Gefühl der Beschämung, daß das deutsche Volk in diesen vier Jahren nicht gelernt hat, zu einer größeren Zusammenfassung seiner Kräfte zu kommen. Seit 1920 mußten wir mit einer Minderheit regieren, was übrigens heute auch in England der Fall ist. Das geht nicht ohne viel Leid und Nachgiebigkeit und Kompromisse, ohne die freilich auch im früheren Landtag kein Gesetz zustande kam. Das hat auch wenig Begeisterendes für die Jugend, die Kathos und Gefühl auch in der Politik will. Aber wir Alten wissen: in Tagen wie heute kann Politik nicht mit dem Gefühl, nur mit kalt und nüchtern abwägendem Verstand gemacht werden. Wenn es uns gelang, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, ist das nicht nur dem besonnenen Charakter des schwäbischen Volkes, sondern auch der Erziehung zu danken, die es in den letzten Jahrzehnten durch Liberalismus und Demokratie erfahren hat. Die Zeit ist nicht angehen zu Versäufelungskämpfen. Die Frage eines engeren Zusammengehens von Baden und Württemberg ist schon in der verfassunggebenden Landesversammlung aufgeworfen worden; führende wirtschaftliche Kreise haben sie stark befürwortet. Koch heute halte ich persönlich daran fest, daß eine Vereinfachung auch auf diesem Gebiet zu den Abbaumaßnahmen gehören sollte, denen wir uns unterziehen müßten. Geordnet, sauber, gerecht und unparteiisch haben wir unsere Regierung zu führen gesucht. Dies ist auch von keiner Seite angezweifelt worden. Die wenigen sozialdemokratischen Beamten, die ohne normale Berufsvorbereitung auf einige Stellen berufen wurden — neben 20 000 anderen Beamten in Württemberg! — haben von ihren Vorgesetzten stets das beste Zeugnis erhalten. Und wir haben hier nichts zurückzunehmen und zu bereuen. Und ich halte es für ein Gebot der Staatspflicht, dem ich auch in meiner Schulpolitik Rechnung getragen habe, dafür schon durch die Bildungsmaßnahmen in der Schule zu sorgen, daß Leute auch

in Höhe und höchste Stellungen kommen, die gewohnt sind, die Dinge nicht nur von oben, sondern auch von unten anzusehen. So halte ich auch die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung für ein wichtiges Mittel zur Stärkung des Verantwortungsgefühls auch in diesen Kreisen.

Ausführlich legte Dr. Hieber auch seine Haltung in der Frage des Abbaus dar. Es sei eine völlige Verdrehung der Dinge, wenn man ihm und Dr. Schaß — vom Zentrum aus — vorwarf, es habe ihm an „Mut zur Verantwortung“ gefehlt. Glaubt man denn, es sei uns leicht gefallen, diese tiefgreifenden harten Maßnahmen zu vollziehen? Wir wußten genau, daß wir unsere ganze politische Tätigkeit auf Spiel setzen. Zwei Jahrzehnte hindurch war ich Vertrauensmann und Abgeordneter von Weßheim. Glaubt man, es sei mir leicht gefallen, in die Aufhebung dieses Oberamts zu willigen? Oder etwa bei der Schule abzuhauen? Jetzt sieht man wohl ein, daß unser Verhalten im Landtag nicht Flucht vor der Verantwortung war, sondern nur ein charaktervolles Aufrechterhalten des Standpunkts, den die Staatsregierung einstimmig als den ihrigen aufgefaßt hat. Wir haben uns nie als Parteiminister betrachtet, haben die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft zu schützen, die Einheit des Reichs zu erhalten, die Gesundung der Verhältnisse zu fördern uns bemüht. In weiterem phrasenlosem vertrauensvollem Zusammengehen nur werden wir auch künftig den Willen zum Aufstieg für unser Volk verwirklichen können.

Neues vom Tage.

Keine deutsche Note.

Berlin, 2. Mai. Entgegen einer „Times“-Meldung vom 23. April erfährt das WTB, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, anlässlich der Antwortnoten der verbündeten Regierungen an die Wiederherstellungskommission zu den Einzelheiten des Sachverständigen Gutachtens in einer neuen Note Stellung zu nehmen.

Die Hintermänner des Rathenauermordes.

Neue Ermittlungen.

Berlin, 2. Mai. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sind in den letzten Wochen neue Ermittlungen zur Feststellung der bei der Ermordung Rathenaus tätigen Hintermänner aufgenommen worden. Ein Berliner Kaufmann, der ein Vertrauensmann des Aldeutschen Verbandes sei, soll schwer belastet sein. Für die Finanzierung des Unternehmens komme ein gewisser Hoffmann in Bern in Betracht, durch dessen Hände bis zum heutigen Tage die Unterhaltsgelder für die nach Ungarn geflüchteten Mitglieder Erzbergers, Schulz und Tillesen, gingen. Das Ergebnis der Ermittlungen sei jetzt dem Oberreichsanwalt vorgelegt worden, der über die weiteren Maßnahmen entscheiden werde.

Deutschnationale gegen Deutschnationalen in Mecklenburg.

Mecklenburg-Schwerin, 2. Mai. Wie die „Mecklenburgischen Nachrichten“ melden, hat die Fraktion der Deutschnationalen Freiheitspartei dem Vorstand der Deutschnationalen Fraktion des Landtags erklärt, daß sie nicht in der Lage wäre, gegen den von den Sozialisten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen das Ministerium v. Brandenstein zu stimmen, wenn dieses Ministerium nicht vor dem Wiederparlamentarismus des Landtages seinen Rücktritt erklären würde.

Amerika und der Dawesbericht.

Paris, 2. Mai. Der Finanzkorrespondent in Washington erfährt von autorisierter Seite, die in Beziehungen zum Schatzamt steht, daß in Regierungskreisen der Bericht, den General Dawes in seinen gestrigen Unterredungen mit Präsident Coolidge, Staatssekretär Hughes und Staatssekretär Mellon erstattet hat, günstig aufgenommen wurde. Der General habe, was den Erfolg des Sachverständigenplanes anlangt, seinem Optimismus Ausdruck gegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß er im Wesentlichen angenommen würde.

Der Faschismus in Spanien.

Madrid, 2. Mai. In einer Rundversprechung an die Gouverneure und Regierungsvertreter fordert das Direktorium zum Eintritt der Wahlberechtigten in die neue Parteiunion „Patriotica“ auf. Jegliche Werbung der früheren politischen Gruppen wird verboten. Gleichzeitig wird die Vorbereitung gesunder kräftiger Verbände als Grundlage der zukünftigen Regierung neben der Lösung der Marofffrage als wichtigste Aufgabe des Direktoriums bezeichnet.



Volksgenossen!



Wen wählt Ihr morgen? Welcher Partei gebt Ihr Eure Stimme? Denkt an die Versprechungen und schönen Worte, die Ihr vor 5 Jahren gehört habt und an das Ergebnis bis heute! Denkt an das, was Ihr in den letzten Wochen wieder von den alten Parteien — und einigen neuen dazu — gehört und gelesen habt und überlegt!

Glaubt Ihr, daß es mit den jetzigen Versprechungen besser geht als vor 5 Jahren? Glaubt Ihr, dass ein Vertreter der Parlamentswirtschaft je das Volkswohl über die Parteiinteressen stellen kann?

Nie und nimmer! Denn eine 5jährige Erfahrung lehrt Euch das Gegenteil, und Ihr wollt Euch doch nicht ewig an der Nase herumführen lassen oder auch nur so lange, bis alles in die Taschen jener 300, die Rathenauer erwähnt hat, hineingewirtschaftet ist?

Volksgenossen! Ihr seid wahrlich müde! Ihr glaubt nicht mehr, daß es in Deutschland unter der Parlamentsherrschaft aufwärts gehen kann. Und Ihr habt recht.

Denkt an die letzten Jahre deutscher Schmach und Schande!

Denkt an den lortdauernden Kuhhandel der Parteien!

Denkt an die Geldentwertung, diesen gemeinsten Volksbetrug, und es überkommt Euch der Ekel vor dieser Skandalwirtschaft.

Denkt an die Parteibrille des Parlamentariers, der seiner Partei verpflichtet ist und durch die Unantastbarkeit (Immunität) vor jeder persönlichen Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit geschützt ist und zahlt es ihnen heim!

Welche Interessen vertreten denn die verschiedenen Parteien? Die Kommunisten sind, wie sie ja selbst sagen, nichts anderes als die Beauftragten Moskaus und haben bereits ihre Tscheka, d. h. Mordkommandos, eingesetzt. Sie haben die von der russischen Judenrepublik kommenden Befehle auszuführen. Können sie das deutsche Volk vertreten? Niemals!

Die Sozialdemokraten sind die Anhänger des Juden Marx. Durch ihren falsch verstandenen Sozialisierungswahn haben sie seit der Revolution in Deutschland

einem Ueberkapitalismus den Weg geebnet, der selbst amerikanische Zustände übertrifft. Die gewaltigen Stünes und anderen Konzerne konnten sich nur auf Grund der 5jährigen sozialdemokratischen Vorherrschaft so ausdehnen. Die Sozialdemokraten bekämpfen das Kapital, lassen sich gleichzeitig von ihm bezahlen, und verdächtigen andere als das, was sie selbst sind: die Schutztruppe der Hochfinanz. Sie verfolgen mit ihrem Haß den deutschen Bruder, der nicht denkt wie sie, und liebäugeln mit dem Genossen überm Rhein, in Afrika und Australien. Ein deutscher Arbeiter, der selbständig denkt, und der nicht nur seine jüdischen Führer für sich denken lassen will, kann dieser Partei seine Stimme nie geben.

Die Demokratie und die deutsche Volkspartei sind die ausgesprochenen Vertreter des trassesten Kapitalismus, jene vorwiegend des jüdischen Bankkapitals (Frankl. Ztg., Berl. Tageblatt usw.), diese des Kapitals der Schwerindustrie. Daß die Kapitalisten diese beiden Parteien wählen, ist leicht verständlich, aber dass ein anderer deutschblühender Mensch an diese Parteien seine Stimme verschwendet, nachdem sie mit rücksichtsloser Offenheit gezeigt haben, was sie sind, muß für diese Wahl ausgeschlossen sein.

Das Zentrum als die Partei der konfessionellen Verhetzung und des Separatismus kann ein deutschem denkender Mann nicht mehr wählen. Diese Ansicht hat schon in weiten Kreisen unserer katholischen Volksgenossen Boden gewonnen.

Der vaterländisch-völkische Rechtsblock ist der Name den sich die Deutschnationalen in Württemberg zugelegt haben, um ihre unter der Firma Bürgerpartei auch im Schwabenlande bekannt gewordenen reaktionären und feudal-kapitalistischen Ziele hinter einem wohlklingenden Titel zu verhüllen. Kurz vor der Wahl haben sie ihr völkisches Herz entdeckt, um es nach den Wahlen wieder schambalt zu verhüllen. Die können wir mit ihnen zusammengeben, da unser Ziel, ein völkisch-soziales Deutschland unter ihrer Herrschaft nicht aufblühen kann.

Der Bauernbund ist eine Berufsvertretung, wie wir sie in einem künftigen völkischen Deutschland als Ständevertretung für alle Berufskreise einrichten wollen. Heute vertritt er vor allem die Interessen des Großgrundbesitzes und ist politisch eine der reaktio-

närsten Parteien. Das sollte jeder mittlere und kleine Bauer bedenken, der dem Bauernbund seine Stimme gibt, unbewusst, dass er damit die schärfste politische Reaktion für blaublütige Namensträger und feudalen Kastendünkel fördert.

Volksgenossen! Das sind die parlamentarischen Parteien, die uns selber regiert haben in ihren wahren Zielen, in völliger Nacht. Ihr wisst, dass wir völkischen Gegner des Parlamentarismus sind. Um unsere Ziele zu fördern, sind wir leider gezwungen, ebenfalls Abgeordnete in Reichs- und Landtag zu entsenden, trotzdem wir dies äusserst ungern tun. Aber wir können wenigstens die Tätigkeit der Parteien kontrollieren, können sagen, was wir als völkische für richtig halten, die volksfeindlichen Massnahmen verhüten und positive völkische Arbeit leisten.

Auf alle Fälle, das erklären wir heute feierlich, bleiben wir die schärfsten Gegner des parlamentarischen Systems und werden nicht ruben und rasten, bis wir diese Parteimißwirtschaft, diese volksverratende Kuhhandelsanstalt und jammerwürdige Schwatzbude beseitigt haben.

Volksgenossen! Ihr kennt unser Programm! Wir brauchen darüber keine grossen Ausführungen zu machen! Ihr wisst, dass wir ein soziales, für alle Bürger gerechtes Grossdeutschland erstreben, ein Grossdeutschland, das allen Volksgenossen eine friedliche Stätte bietet, die ihnen das mögliche Mass an Zufriedenheit und Behaglichkeit sichert.

Wir verschmähen es, grosse Versprechungen zu machen. Wir arbeiten statt dessen. Volksgenossen! Helt mit, unser Deutschland aus den Klauen der Parteimißwirtschaft, aus den Klauen des internationalen Kapitals zu befreien! Helt mit, dass wir unser Ziel erreichen: Deutschland den Deutschen.

Nach innen reich und vielgestaltig
Nach aussen gross und schwertgewaltig
sei die Losung, für die uns unser Führer Adolf Hitler bürgt. Helt mit, das deutsche Reich auf neuem deutschen Grunde aufzubauen, und gebt Eure Stimme dem

Völkisch-sozialen Block

(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Deutsche Arbeiterpartei, deutsch-völkische Freiheitspartei).

Kandidaten sind u. a.: Schultheiß Metzger, Simmersfeld ∞ Rechtsanwalt Dr. Schmid, Leonberg.

Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen!

Wer trägt die Schuld an der Kriegskatastrophe?

Wer kempelt die Kriegsvopferfürsorge zur Armenunterstützung?

Wer klaffet den Kriegsvopfern den Dank des Vaterlandes mit Bettelpennungen ab?

Die bürgerlichen Parteien!

Wählt sie nicht!

Wählt sozialdemokratisch!

Zur Aufklärung für alle Schwankenden!

Bei der Wahl handelt es sich nicht um bloßes Parteigezänke, sondern um den Kampf zwischen zwei großen Gedanken, dem Sozialismus und seinen Gegnern. Dies ist **der Kern der Wahl**.

Links steht die Sozialdemokratie mit ihrer folgerichtigen Konsequenz, dem Kommunismus und Bolschewismus. Sie kämpft gegen das Privat-Eigentum, die Wehrhaftigkeit, die Kirche, und für Internationalismus und Sozialfrierung des Bodens und der Produktion, und der Kommunismus scheut nicht den Mord der Tscheka. Mit dieser Partei wollen regieren die Demokratie, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei und sind auf diese Weise ihre Helfer. Dies ist die **Glute**.

Auf der andern Seite steht **die Rechte** mit ihrem Kampf für Vaterland, Eigentum, Ordnung und Religion. Sie verkörpert sich in der Bürger- und Bauernpartei, welche seit der Revolution die Kerntuppe gegen den Ansturm des Sozialismus war.

Dies sind die Gegenfäße, um die es sich handelt.
Wer links wählen will, der gebe seine Stimme der Partei, welche ihre Gedanken am reinsten darstellt, der kommunistischen, wer rechts wählt, der wähle die Bürger- und Bauern-Partei.

Endlich einmal wollen wir heraus aus dem Parteijumpf mit seinen 25 Splitter-Parteien und seinem Stimmzettel-Wirrwarr.

Es darf künftig nur noch 2 Parteien geben, eine rechte und eine linke und nur noch 2 Stimmzettel, einen rechten und einen linken.

Weg mit den Mittelparteien, welche nur den Gegensatz verkleistern und im Trüben fischen!

Wer aber Klarheit herbeiführen will, der wähle jetzt schon rechts oder links. Wer nicht Farbe bekennet, der sei verachtet.

Wer rechts wählen will, wer eine Politik satt hat, welche seit 5 Jahren Volk und Eigentum zerrüttet, der wähle Bürger- und Bauern-Partei. Eine bessere wissen wir nicht.



Ämtliche Bekanntmachungen.

Hagelversicherung.

Den Landwirten wird die Versicherung ihrer Felderzeugnisse gegen die überall im Lande wieder drohende Hagelgefahr in angemessener Versicherungshöhe dringend empfohlen.

Die Norddeutsche Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin, mit welcher der württ. Staat seinerzeit eine Uebereinkunft abgeschlossen hat, wodurch sie verpflichtet wurde, auf Antrag der Beteiligten die Feldfrüchte sämtlicher Landwirte in Württemberg gegen Hagelschaden in Versicherung zu nehmen, hat infolge der Entwertung unserer sämtlichen gesetzlichen Zahlungsmittel, sowie des vollständigen Zerfalls unserer Währung im vorigen Spätjahr eine Tochtergesellschaft unter dem Titel Norddeutsche Hagelversicherung-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen; nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 29. März ds. Jrs. soll indessen auch die alte Norddeutsche auf Gegenseitigkeit weitergeführt werden.

Beide Gesellschaften, sowohl die Norddeutsche Hagelversicherung-Aktiengesellschaft, wie auch die alte Norddeutsche auf Gegenseitigkeit, bieten den Versicherungsnehmern wertbeständige Versicherung.

Den Versicherten steht frei, bei der Norddeutschen Aktiengesellschaft zu fester Prämie, oder der Norddeutschen auf Gegenseitigkeit zu Vorprämie und ev. Nachzahlung im Herbst Dedung gegen Hagelschaden zu nehmen.

Der Beitrag für den Staatshagelversicherungsfonds kommt in Wegfall, dafür erhebt die Norddeutsche auf Gegenseitigkeit gleichzeitig mit der Vorprämie zur Sicherstellung wertbeständige Gegenleistung, als Vorauszahlung auf den endgültigen Jahresbeitrag die doppelte Vorprämie.

Nähere Auskunft erteilen die nachstehend aufgeführten Vertreter der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft:

- in Altensteig Heinrich Walz, Oberamtsbaumwart,
- Bruderhaus Gde. Berned. G. Brenner, Waldschütze,
- Ebbhausen Altschultheiß Dengler,
- Egenhausen Gg. Kapf, Darlehenskassier,
- Frauensteig Schultheiß Schwenmle,
- Göttlingen Widmann,
- Haiterbach Gottlieb Schuler, Kübler u. Gemeinderat,
- Hagold Julius Raaf, Volksschuldenbesitzer,
- Sulz Schultheiß Barth,
- Untertalheim Schultheiß Altm.
- Walldorf Albert Diller, Schneidermeister,
- Wildberg Stadtschultheiß a. D. Rutschler,
- Zimmersfeld Schultheiß Metzger.

Hagold, den 1. Mai 1924.

Oberamt: Nünz.

Konsum- und Sparverein Hagold und Umgebung e. G. m. b. H.

Am Sonntag, den 11. Mai, nachm. 4 Uhr findet im Traubensaal in Hagold eine ordentliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Beschlußfassung über Aufwertung der Geschäfts- und Hausanteile, sowie Spareinlagen.
3. Wahlen
 - a) Geschäftsführer
 - b) Vorstand und Aufsichtsrat
4. Verschiedenes.

Anträge an die Generalversammlung sind spätestens bis Donnerstag, den 8. Mai schriftlich bei dem Unterzeichnerten einzureichen.

Jährliches Erscheinen der Mitgliedschaft, insbesondere der Hausfrauen, ist dringend erwünscht.

Der Aufsichtsrat:
J. H. Jlg.

Frauen und Männer!

Die

Deutsche Volkspartei

hat bessere Verhältnisse geschaffen und Euch die Rentenmark gebracht, sie wird auch fernerhin für das Wohl des Deutschen Vaterlandes besorgt sein. Deshalb

wählet alle am 4. Mai die Liste der Deutschen Volkspartei

Wählet Nr. 6 für die Reichstagswahl

„ „ 4 für die Landtagswahl.

Männer und Frauen!

Die

Deutsche Volkspartei

hat bessere Verhältnisse geschaffen und Euch die Rentenmark gebracht, sie wird auch fernerhin für das Wohl des Deutschen Vaterlandes besorgt sein. Deshalb

wählet alle am 4. Mai die Liste der Deutschen Volkspartei!

Wählet

Nr. 6 für die Reichstagswahl

Nr. 4 für die Landtagswahl.

Statt Karten.

Berneck-Rohrdorf.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am

Dienstag, den 6. Mai 1924 im Gasthaus zur Sonne in Rohrdorf

stattfindenden Hochzeitsfeier erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte freundl. einzuladen.

Gottlieb Weik, Mechaniker
Sohn des † Christian Weik in Berned.

Titel Bachmann

Tochter des Jakob Bachmann in Rohrdorf.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonnt. Misericordias, 4. Mai vorm. 1/10 Uhr Predigt über Offenb. 7, 9-17 vom Land des Lichts. Lied 431, 549.

Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre in den Töchtern.

Am Donnerstag Abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutheraal.

Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 4. Mai vormittags 1/10 Uhr Predigt, vormitt. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Predigt.

Dienstag, abends 1/8 Uhr, Jünglings-Verein.

Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Bibel- u. Gebetsstunde.

Gestorbene:

Freudenstadt: Friedrich Bruder, Kaufmann.

Stetzwiebeln

kleinste Sorte

Stetzbohnen

sowie alle übrigen

Gartenfam. reien

empfehlen



Attentafchen

empfehlen die

B. Nieferische Buchbdlg.

Bei der bauerlichen Bevölkerung ist der politische Rechtsabmarsch von seitherigen Regierungsparteien zum Bauernbund schon längst vollzogen; in den größten Städten ist er zum vaterländischen Rechtsblock im Aufsteig. Jetzt ist es in den Landstädten am gewerblichen Mittelstand, daß auch er die Zeichen der Zeit versteht und diesem Rechtsabmarsch folgt, indem er

Vaterl. Rechtsblock

(Württ. Bürgerpartei)

wählt.

Mit Fortsetzung einer Politikal und Steuererhebung seitiger Regierungskünstler ist der gewerbliche Mittelstand unrettbar verloren.

Ein Gewerbetreibender.

Sicherheits-Sprengstoffe

mit Zubehör, Sprengpulver usw. in verschiedenen Fabrikaten liefert zu billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Altensteig. Tel. 48

Karbid

In allen Körnungen liefert jedes Quantum billigst

J. J. Hähle
Dornstetten.

Ein gebrauchtes

Damen-Fahrrad

hat zu verkaufen. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu sofortigem Eintausch ein nicht zu junges

Dienstmädchen

das schon gedient hat und kochen kann.

Heinrich Heußler
Kaufmann.

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der bekannten Firma Robert Ruf, Ettlingen bei über deren Spezialitäten zur Herstellung eines gesunden und wohlschmeckenden Sausgetränks.